



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER DEZEMBER 2021

BERND RÜTZEL
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis Main-Spessart / Miltenberg

Betreuungswahlkreis Aschaffenburg /
Aschaffenburg-Land

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

„Mehr Fortschritt wagen“ - ist die Überschrift des Koalitionsvertrages der neuen rot-grün-gelben Bundesregierung. Wir wollen gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und den erforderlichen Wandel gestalten. "Eine Koalition auf Augenhöhe", nennt es Olaf Scholz. Es geht nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Zeiten, in denen die Koalitionspartner Strichlisten führen, wer was gegen wen durchsetzt, sind hoffentlich vorbei. Wir wollen ein langfristiges Bündnis und einander ergänzen.

Die SPD hat auch diesmal gut verhandelt. Der gesellschaftliche Aufbruch hat viele Facetten in jedem Politikbereich - der Koalitionsvertrag spiegelt das gut wider. Ich blicke optimistisch auf unsere gemeinsame Politik und freue mich auf die Zusammenarbeit. Im Newsletter berichte ich über den Koalitionsvertrag. Jetzt gilt es den Vertrag zu lesen, zu bewerten und zu diskutieren. Am 4. Dezember wird der Bundesparteitag über ihn beschließen, in der Nikolauswoche wählen wir Olaf Scholz zum Bundeskanzler und vom 10. bis 12. Dezember wird eine neue SPD-Führung gewählt.

Das sind durchaus hoffnungsvolle Zeichen in eher dunklen Zeiten – passend zum Beginn der Weihnachtszeit. Ich wünsche uns allen eine schöne Adventszeit und schon jetzt ein Frohes Fest.

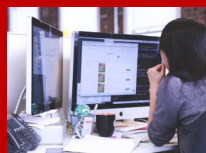
Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Dein



© Bernd Rützel

3



Sicherheit für jeden
Arbeitsplatz

6



Stromtrasse
entlang der A7

7



Infos zum
Koalitionsvertrag

11



Zwei neue
Stolpersteine

KLARTEXT

CORONA - ENTSCLOSSEN GEGEN DIE VIERTE WELLE



Die vierte Corona-Welle schwappt über unser Land. Die Zahlen explodieren und auf den Intensivstationen sind von zehn Patientinnen und Patienten neun ungeimpft. Dass es so weit kommen

konnte, ist auch eine Folge der schlechten Impfquote in Deutschland. Geimpfte infizieren sich weniger häufig, sie erkranken weniger stark und müssen wesentlich seltener intensiv behandelt werden. Sie sind außerdem weniger und zeitlich kürzer selber infektiös. Impfen ist deshalb ganz wesentlich, um die Verbreitung und mögliche Mutationen des Virus zu verhindern.

Wir haben im Deutschen Bundestag in der letzten Woche das Infektionsschutzgesetz geändert. Die Nichtverlängerung der Feststellung der pandemischen Lage bedeutet nicht, dass die Pandemie vorbei ist – ganz im Gegenteil. Aber wir haben die erforderlichen Maßnahmen dem bislang geltenden Sonderrecht entzogen, sie auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und die Entscheidungsvollmacht zurück an die Parlamente gegeben. Es gibt künftig einen Dreiklang aus bundeseinheitlichen Maßnahmen (z.B. 3G im Betrieb und im ÖPNV), Handlungsoptionen für die Bundesländer (Maskenpflicht, Auflagen für Veranstaltungen, Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, Abstandsgebote, u.a.) und befristet bis zum 15.12.2021 weitergehenden Befugnissen für die Länder (z.B. vorübergehende Schließung von Freizeiteinrichtungen), die einen Beschluss der Länderparlamente voraussetzen.

Fast 70 Prozent sind hierzulande inzwischen geimpft. Das ist zu wenig, um die Welle zu brechen, aber die Situation ist eine andere als noch vor einem Jahr, was bei der möglichen Einschränkung von Grundrechten berücksichtigt

werden muss. Mit 3G-Regeln in den Betrieben und im Verkehrsbereich, 2G, 2G+ und 3G bei Veranstaltungen, der Wiedereinführung der Bürgertests und zahlreichen Regelungen im Bereich Arbeit und Soziales haben wir wichtige Weichen gestellt. Jetzt müssen die Impfkapazitäten wieder hochgefahren werden und die Menschen ihre Auffrischungsimpfung abholen, manche auch ihre Erst- und Zweitimpfung. Deutschland ist bislang besser als andere Länder durch die Pandemie gekommen. Bilder vom letzten Jahr wie aus Portugal, Spanien oder Norditalien haben wir nur im Fernsehen gesehen. Diese Länder allerdings wollten das nicht noch ein zweites Mal erleben und haben extrem hohe Impfquoten. Das beschert ihnen jetzt eine ruhige Winterzeit.

Zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie erleben wir ein parteipolitisches Geplänkel von Seiten seriöser Parteien. In Bayern liegen die Inzidenzzahlen im Spitzenbereich aller Bundesländer, die Impfquoten unterhalb des Bundesdurchschnittes und die Krankenhausampel steht auf Rot. Außer Maskendeals ist da wenig gut gelaufen bislang – und der Ministerpräsident meint immer noch, andere belehren zu können.

Ich hoffe, dass wir gut durch den Winter kommen. Die Politik schafft das niemals alleine. Ohne die breite Zustimmung und vor allem Unterstützung durch die Gesellschaft funktioniert das nicht. Kennedys Spruch „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann – frage, was Du für Dein Land tun kannst.“ gilt auch hier.

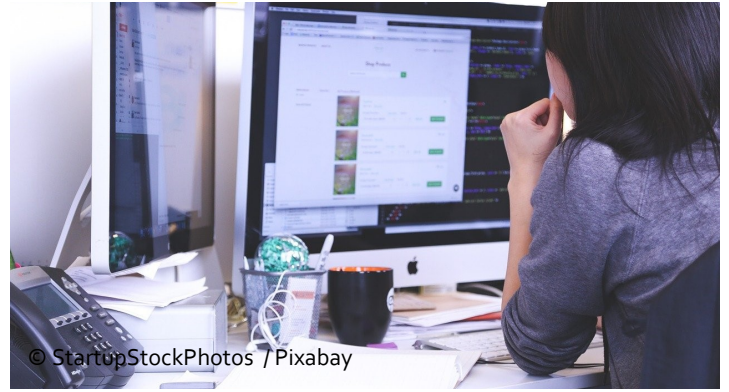


Das ist ein langer Text geworden. Es ist ein komplexes Thema. Weitere Informationen gibt es [HIER](#).



STRUKTURWANDEL AUTOINDUSTRIE

Der Strukturwandel in der Fahrzeugindustrie und der Umstieg auf alternative Antriebstechnologien stellen auch die Zulieferindustrie vor große Herausforderungen. Der Wandel muss sozial und aktiv gestaltet und Arbeitsplätze in Bayerns Schlüsselindustrie gesichert werden. Mehrere Landtagsabgeordnete und ich sammelten deshalb gemeinsam mit Salvatore Vicari, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Schaeffler, und Dr. Andrea Fehrmann von der IG Metall Bezirksleitung Bayern Ideen zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung und zur Sicherstellung von qualifizierter Ausbildung in den Betrieben. Außerdem berieten wir, wie öffentliche Fördergelder dort ankommen können, wo sie am dringendsten benötigt werden.



KURZARBEITER-GELD

Für die Sicherheit der Arbeitsplätze bleibt die Kurzarbeit zentral. Deswegen hat das Bundeskabinett bereits in dieser Woche eine neue Verordnung beschlossen, die den Beschäftigten auch über Dezember 2021 hinaus Sicherheit bringt. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil verlängert entscheidende Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld, damit auch zu Beginn des nächsten Jahres Betrieben geholfen werden kann, die pandemiebedingt erhebliche Arbeitsausfälle haben. Beschäftigte können dann auch nach dem Dezember zwei Jahre Kurzarbeitergeld am Stück erhalten. Das ist richtig so, denn damit verlängern wir die Brücke, die Arbeitgeber und Beschäftigte über die Krise trägt.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE: ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN



Das Bundeskabinett hat diese Woche die Verlängerung der Überbrückungshilfen und eine neue Überbrückungshilfe IV beschlossen.

Die Überbrückungshilfe IV läuft bis März 2022 und soll vor allem bei der Schließung von Weihnachtsmärkten helfen. Hier muss nur für einen Monat ein relevanter Umsatzrückgang nachgewiesen werden, um einen Eigenkapitalzuschuss zu erhalten. Aussteller können außerdem über die Überbrückungshilfe III Plus verderbliche Ware und Saisonware abschreiben. In der Überbrückungshilfe IV werden bei Umsatzausfällen ab 70 % bis zu 90 % der Fixkosten

erstattet. Das hatte der Bundesrechnungshof so vorgeschlagen. In der Überbrückungshilfe III Plus bleibt es bei einer Erstattung von 100 % für diese Unternehmen. Auch die Neustarthilfe Plus für Soloselbstständige läuft weiter bis März 2022, mit bis zu 1.500 Euro pro Monat an direkten Zuschüssen (also 4.5000 Euro für diese 3 Monate). Neben den Hilfen werden auch die Fristen für die Antragstellung bei der Überbrückungshilfe III Plus und für die Schlussabrechnung verlängert. Auch die Härtefallhilfen, die in der Zuständigkeit der Bundesländer liegen, sollen bis Ende März 2022 verlängert werden.



© JFCfilms / Pixabay

CORONA BEKÄMPFEN

Die Pandemie verlangt uns weiterhin Einschränkungen ab. Deshalb haben wir im Infektionsschutzgesetz viele wichtige Corona-Regeln und -Rettungsschirme verändert:

- Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung + erleichterte Vermögensprüfung im Kinderzuschlag verlängert bis zum 31. März 2022
- Verlängerung der Sonderregelungen zum Kinderkrankengeld
- Bürgertests sind wieder kostenlos
- Wo es betrieblich möglich ist, muss Homeoffice vom Arbeitgeber angeboten und von den Beschäftigten genutzt werden
- 3G-Regel am Arbeitsplatz: Zugang zum Betrieb mit Personenkontakt haben nur Beschäftigte, die nach-

weislich geimpft, genesen oder getestet sind

- In Pflegeeinrichtungen und Angeboten der Eingliederungshilfe Tests auch für Geimpfte und Genesene (auch für Besuch)
- Ausgleich der finanziellen Einbußen von sozialen Dienstleistern bis zum 19. März 2022. Das betrifft beispielsweise Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, deren Betrieb eingeschränkt wurde, Versorgungs- und Rehabilitationseinrichtungen, Einrichtungen der Arbeitsförderung und Anbieter von Sprachkursen.
- Anhebung der Hinzuverdienstgrenze bei vorgezogener Altersrente auch für 2022 auf 46.060 Euro
- Impfungen für Beschäftigte im Betrieb oder extern, z.B. durch mobile Impfteams, während der Arbeitszeit
- Befreiung von der Sozialversicherungspflicht für Ärzte in Impfzentren bis zum 30. April 2022 verlängert
- Ausnahmeregelung zur Verdienstgrenze von Kreativen und Kulturschaffenden: Schutz der Künstlersozialkasse bleibt bei zusätzlichen Einnahmen aus nicht-künstlerischen Tätigkeiten in Höhe von bis zu 1.300 Euro im Monat bis zum Jahresende 2022 bestehen, die Mindesteinkommensgrenze bleibt ebenfalls bis Ende 2022 ausgesetzt.

Wir halten wirksame Schutzmaßnahmen aufrecht, um der Pandemie zielgerichtet die Stirn zu bieten. Der Arbeitsplatz darf nicht zum Infektionsort werden – das stellen wir sicher. Mit der Verlängerung einiger pandemiebedingter Sonderregelungen federn wir außerdem die finanziellen Folgen für Bürgerinnen und Bürger ab.



© Bernd Rützel

BESUCH IM JUGENDZENTRUM LOHR

Zum Besuch und Austausch über jugend- und integrationspolitische Themen konnte ich unlängst den zuständigen Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion, Arif Tasdelen, in Lohr begrüßen. In der „Begegnungsstätte für Jung und Alt“ der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Lohr sprachen wir mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften über aktuelle Herausforderungen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie seien nach wie vor zu spüren, bestätigten die für die Offene Jugendarbeit im Jugendzentrum der AWO zuständigen Sozialpädagoginnen Kerstin Heine und Elena Häfner. Erst Anfang Juni habe die Einrichtung wieder schrittweise öffnen dürfen. Auch der "Ferienspaß" habe wie schon im vergangenen Jahr "light" – sprich in kleineren Gruppen – stattfinden

müssen, sei aber wiederum ein voller Erfolg gewesen. Finanzielle Unterstützung im Rahmen des Corona - Aufholprogramms für Kinder und Jugend in Höhe von 2 Milliarden für die Ferienbetreuung zu erhalten sei hingegen kompliziert, bürokratisch und gerade für kleine ländliche Jugendzentren nahezu unmöglich gewesen, so die beiden. Arif Tasdelen sicherte zu, diesbezüglich noch einmal beim Bayerischen Sozialministerium vorstellig zu werden und auf Besserungen zu dringen. Arif Tasdelen und ich sind allemal von der Wichtigkeit der Juze-Arbeit, wie der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Lohr und dem Projekt „Mütter lernen Deutsch“ überzeugt – denn: Ehrenamt bereichert.



STROMTRASSE ENTLANG DER A7

Am 19. Oktober hat TenneT der Bundesnetzagentur die „Ost-Variante“ entlang der A7 als Vorzugstrasse für die Fulda-Main-Leitung gemeldet.

Das ist der Startschuss für die Bundesfachplanung. Ein sehr breiter Korridor war zuvor untersucht und mehrere Optionen herausgearbeitet worden. Drei mögliche Trassen standen am Ende dieser Prüfungen. Ausschlaggebend waren schließlich hohe oder sehr hohe Raumwiderstände beim West- bzw. mittleren Korridor und andererseits bessere technische Bedingungen für die Machbarkeit beim Ost-Korridor.

Ich bin der Auffassung, dass wir auch diese Stromleitung brauchen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der im Norden Deutschlands gewonnene Strom auch in den Süden fließt.

Die Bundesnetzagentur wird den Antrag von TenneT nun prüfen und gegebenenfalls Nachbesserungen verlangen. Die endgültige Festlegung auf den Trassenkorridor soll voraussichtlich 2023 erfolgen. Das Planfeststellungsverfahren mit der genauen Festlegung könnte 2027 durchgeführt werden. Mit der Inbetriebnahme der Fulda-Main-Leitung rechnet TenneT derzeit für 2031.



BUNDESMITTEL FÜR BURG MÖMBRIS

Von der Burg Mömbris ist heute nur noch der sog. "Burgstall" zu sehen. Für einen besseren Zugang und für die Vermittlung von Forschungserkenntnissen gibt der Bund 25.000 Euro.

Es lohnt sich, fast vergessene Orte wie die Burg Mömbris wieder sichtbar zu machen. Die Erinnerung und der Erhalt dieser alten Zentren beleben unsere Ortschaften auch heute noch.

Entstanden ist die Burg Mömbris im Mittelalter. Erbauer sollen die Grafen von Rieneck gewesen sein. Ich bin selbst gleich unterhalb der Burg Rieneck aufgewachsen. Die Faszination für Burgen ist mir geblieben.



NEUER THW-PRÄSIDENT

Vor einigen Tagen wurde mein Bundestagskollege Martin Gerster zum neuen Präsidenten der Bundesvereinigung des Technischen Hilfswerks (THW) gewählt.

Er ist damit oberster Interessenvertreter der bundesweit rund 80.000 Helferinnen und Helfer, die etwa bei Hochwassern und anderen Extremwetterlagen - wie unlängst bei der Flutkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz - die Einsatzkräfte unterstützen.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl und viel Erfolg und Freude bei den anstehenden Aufgaben. Herzlichen Dank an dieser Stelle auch allen ehren- und hauptamtlichen THW-Aktiven für ihre wertvolle Arbeit.

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **Wohn- & Bauministerium**
-  **Bauoffensive: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr**
-  **Mehr soziale Wohnungen**
-  **CO2-Kosten fair geteilt**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **Wahlalter 16**
-  **BAföG-Reform**
-  **Ausbildungsgarantie**
-  **Schulische Ausbildung: Vergütung statt Schulgeld**

SPD
Fraktion im
Bundestag



© Uhrenteam Schaippach

ALTE UHR TICKT WIEDER

Zwei Jahre wurde beharrlich an der Turmuhr der Schaippacher Kirche gearbeitet, um sie wieder in Gang zu bringen. Jetzt wurde sie in einem Festgottesdienst gesegnet und wieder in Betrieb genommen. Ein großer Dank und herzliches Vergelt's Gott an alle Helferinnen und Helfer der Kirchengemeinde Schaippach und der Turmuhrenfreunde Großheubach.



Zum Artikel der Main-Post geht es mit Klick auf das Foto.

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **12 Euro Mindestlohn**
-  **Bürgergeld statt Hartz IV**
-  **Kindergrundsicherung**
-  **Stabiles Rentenniveau**
-  **Tariflöhne stärken**

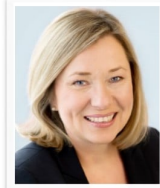
SPD
Fraktion im
Bundestag

Kein Kind zurücklassen

Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in Bayern und im Landkreis Main-Spessart



Arif Tasdelen

Pamela
NembachDoris
Rauscher

Bernd Rützel

22.11.2021, 18:30 Uhr

KLICK
MICH



mit
dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel,
den SPD-Landtagsabgeordneten
Doris Rauscher und Arif Tasdelen, sowie
der SPD-Vorsitzenden Main-Spessart, Pamela Nembach, und
weiteren Gästen.

JUGENDSOZIALARBEIT

Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) - hört sich erst einmal recht sperrig an. Worum geht's?

Im Grunde um einen guten Schul-Alltag für alle Kinder und Hilfe bei Problemen der Schülerinnen und Schüler, angefangen bei Schwierigkeiten in der Eingewöhnung über Schulverweigerung bis zu Mobbing und Vandalismus.

Darüber und wie JaS in Main-Spessart und in Bayern aufgestellt ist, sprach ich am 22. November live auf Facebook mit der Vorsitzenden des Sozialausschusses des Bayerischen Landtages, Doris Rauscher (SPD), dem jugendpolitischen Sprecher der BayernSPD Landtagsfraktion, Arif Tasdelen, sowie der Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Main-Spessart, Pamela Nembach, und weiteren Gästen.



Das Video gibt es mit einem Klick auf's Foto.



KLICK
MICH!



FLIEGENDE BÄUME

Erstmals kam ein Helikopter einer Schweizer Firma, um bei Schappach Bäume an der ICE-Trasse zu entfernen. Durch diese Vorgehensweise aus der Luft wird nur das Notwendigste entfernt und das Landschaftsbild bleibt damit erhalten. Stürme wird es immer häufiger geben und sie werden stärker ausfallen - deshalb ist das regelmäßige Zurückschneiden der Vegetation und die Beseitigung von Bäumen an den Eisenbahnlinien und ICE-Trassen extrem wichtig.



Näheres zur Entfernung der Bäume gibt es mit Klick auf das Foto.



SCHEUER BREMST

Es ist schon kurios: Ausgerechnet die Bremser der Union haben am 11. November eine Aktuelle Stunde zum Klimaschutz beantragt mit dem Titel „Klimagipfel in Glasgow, stockende Verhandlungen in Berlin – Haltung von SPD, Grünen und FDP zur künftigen Klimapolitik“.

Gleichzeitig verweigert ihr noch-Verkehrsminister Andreas Scheuer die Unterzeichnung der Erklärung der Weltklimakonferenz in Glasgow für das perspektivische Ende von Verbrennungsmotoren. Mehr als 100 Akteure bekennen sich dort zu diesem Ziel und wollen, wie es in der Erklärung heißt, darauf „hinarbeiten“. Scheuer verweigert für Deutschland die Mitarbeit, obwohl

- selbst einige Automobilkonzerne wie Mercedes-Benz, Volvo, Ford und andere das Ziel anstreben und
- Scheuer sich noch im März für ein Ende für Autos mit klassischen Benzin- und Dieselmotoren innerhalb der nächsten 15 Jahre ausgesprochen hatte.



SCHULKINDER SAMMELN FÜR TIERHEIM

Vergangene Woche war in Gemünden eine Gruppe Schulkinder unterwegs, um für die Versorgung von Tieren im Tierheim zu sammeln. Auch an meinem Wahlkreisbüro haben sie einen Stopp eingelegt.

Schöne Aktion und Ehrensache, dass ich auch etwas in die Spendenbox geworfen habe. Toll, dass ich dafür auch noch ein kleines Dankeschön in Form einer Gedichte- und Geschichtensammlung einer regionalen Schriftstellerin bekommen habe. Vielen Dank für das Engagement!



NEUE PARTEISPITZE

Unser bisheriger SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil (im Bild bei unserem gemeinsamen Besuch bei rainbowprint in Zellingen) will künftig gemeinsam mit Saskia Esken unsere Partei führen. Diese Entscheidung begrüße ich ausdrücklich. Ich kenne beide nun schon seit ein paar Jahren persönlich und bin mir sicher, dass sie ein klasse Team sein werden. Beide haben in den vergangenen Monaten Enormes für die SPD geleistet und wollen weiter an der Erneuerung arbeiten. Gut so. Weitermachen.



SCHULVEREIN DES FRIEDRICH-LIST-GYMNASIUMS

Es ist eine Freude und Ehre, erneut zum 1. Vorsitzenden des Schulvereins vom Friedrich-List-Gymnasium in Gemünden gewählt worden zu sein. Mit einem tollen Team arbeiten wir gemeinsam für das Gymnasium.



Mit Klick auf das Foto geht es zum Artikel im Main-Echo.



© Bernd Rützel



© Bernd Rützel

STOLPERSTEINE

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, heißt es im Talmud, einem der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums.

Gegen das Vergessen und zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verlegt der Künstler Gunter Demnig seit über 25 Jahren in ganz Deutschland und auch weltweit Stolpersteine. Am 27. Oktober wurden zwei weitere in der Gemündener Innenstadt verlegt.

Die zwei neuen Stolpersteine sollen an Arthur Kahn und seinen kleinen Neffen Nathan Weinberg erinnern. Arthur Kahn war ein 21-jähriger Medizinstudent in Würzburg und zählte 1933 zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus. Sein Neffe wurde mit seiner Mutter deportiert und starb im Alter von fünf Jahren.

Ehrensache, bei diesem wichtigen Termin dabei zu sein.

Gute Neuigkeiten zur
Reaktivierung der
Werntalbahn:

Kreistag Schweinfurt
unterstützt die
Wiederbelebung
des Personen-
verkehrs

BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

SPD

Soziale
Politik für
Dich

KLICK
MICH!



© Anand Anders

WERN TALBAHN

Im Mai hatte der Kreistag Main-Spessart auf Antrag der SPD-Fraktion einen Beschluss zur Reaktivierung der Werntalbahn gefasst.

Jetzt hat der Kreistag Schweinfurt nachgezogen. Nach jahrelangem Engagement kann jetzt der Reaktivierungsprozess mit einer Potentialprognose der BEG beginnen.



Zum Artikel der Main-Post geht es mit Klick auf eines der Fotos.

MEHR FORTSCHRITT WAGEN

Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Wir übernehmen Verantwortung, um die notwendige Modernisierung unseres Landes voranzutreiben und Fortschritt zu gestalten. Wir legen die Grundlagen dafür, Wohlstand und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu sichern.

Dafür gehen wir die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der 2020er Jahre an: Wir bekämpfen die Klimakrise und sorgen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft ein innovativer und weltweit führender Industriestandort ist. Wir schaffen den Sprung in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts und machen das Leben der Bürgerinnen und Bürger einfacher. In den Umbrüchen liegen große Chancen für unser Land, die wir durch kluge politische Führung ergreifen wollen.

Wir machen Politik, die das Leben der Menschen ganz konkret besser macht und Sicherheit im Wandel bietet. Bezahlbare Wohnungen, gute Löhne, eine Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holt und stabile Renten sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit sind sie eine wichtige Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft heute wie in Zukunft gut zusammenleben.

Solidarität ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch in Krisenzeiten zusammenstehen. Darauf kommt es in den nächsten Monaten ganz besonders in unserem Land an. Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist die eine zentrale Aufgabe der neuen Koalition.

I. Gesellschaft des Respekts

Wir machen Politik für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift und jede Leistung und jeden Lebensentwurf anerkennt. In der der Staat den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnet und dem Anspruch gerecht wird, ihr Leben einfa-

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **Grundgesetz: „Rasse“ raus**
-  **Kinderrechte rein**
-  **Kultur als Staatsziel**
-  **Verbot Diskriminierung wegen sexueller Identität**

SPD
Fraktion im
Bundestag

cher zu machen und sie auf Veränderungen vorzubereiten. Wir modernisieren unseren Sozialstaat und setzen auf ein neues Bürgergeld, das den Menschen mit Respekt begegnet und ihnen Vertrauen entgegenbringt. Mit besseren Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten stärken wir Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Respekt bedeutet auch, von seiner Arbeit leben zu können: Der Mindestlohn von 12 Euro bedeutet eine Gehaltserhöhung für rund 10 Millionen Menschen. Eine Gesellschaft des Respekts sichert die Teilhabechancen und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen, etwa durch eine Ausbildungsplatzgarantie, einer Reform des Bafögs, damit mehr davon profitieren oder dem Wahlrecht ab 16.

II. Bezahlbar Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Dafür zu sorgen, dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung findet, ist Aufgabe unserer Politik. Wir wollen jährlich 400.000 neue Wohnungen bauen, darunter 100.000 öffentlich gefördert. Dafür begründen wir ein Bündnis bezahlbarer Wohnraum und treiben das Thema mit einem eigenen Bauministerium voran. Wir verlängern die Mietpreisbremse und begrenzen den Anstieg von Mieten in angespannten Wohnungsmärkten auf 11 Prozent

über drei Jahre (derzeit liegt die sogenannte Kappungsgrenze bei 15 Prozent). Extreme Schwankungen von Wohn- und Nebenkosten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen ihr Zuhause verlieren, oder in ihren eigenen vier Wänden frieren. Daher haben wir uns mit Blick auf die steigenden Energiepreise in diesem Winter erfolgreich für einen einmaligen Heizkostenzuschuss für einkommensschwache Familien eingesetzt.

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **Klimaneutral bis 2045**
-  **Kohleausstieg idealerweise bis 2030**
-  **Bahn bleibt in öffentlichem Eigentum**

SPD
Fraktion im
Bundestag

III. Klimaschutz und Industrie

Unsere Koalition hat die große Chance, den Grundstein dafür zu legen, dass wir unseren Industrie- und Innovationsstandort und damit sichere und gute Arbeitsplätze langfristig und nachhaltig stärken. Der Kampf gegen die Klimakrise ist eine Menschheitsaufgabe. Wir haben viel über Ziele gesprochen und es ist gut, dass wir bis spätestens 2045 klimaneutral werden wollen. Es kommt aber jetzt darauf an, dass wir die Umsetzung mit konkreten Maßnahmen anpacken. Damit das gelingt, werden wir die Erneuerbaren Energien massiv ausbauen und dafür die Planungsverfahren für den Bau von Netzen, Windrädern und Infrastruktur massiv ausbauen. Wir investieren in den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Industriemaßstab und sorgen dafür, dass Deutschland beim Aufbau einer

klimaneutralen Industrie Innovationen aktiv fördert und technologisch neue Maßstäbe setzt. Dafür erhöhen wir auch die Mittel für Forschung und Entwicklung auf 3,5% des BIP und stärken Innovationsregionen, damit unser Land in der Fläche stark bleibt. Wir treiben die nachhaltige Mobilitätswende voran, mit dem Aufbau eines Leitmarkts für E-Mobilität und einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. Das Herzstück moderner nachhaltiger Mobilität bilden ein starker ÖPNV und eine moderne deutsche Bahn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Anspruch ist, dass die klimafreundliche Lösung immer die einfachere ist – für unsere Wirtschaftsunternehmen genauso wie für den Alltag jedes Bürgers und jeder Bürgerin.

IV. Rente

Die gesetzliche Rente ist das zentrale Versprechen des Sozialstaats. Wer sein Leben lang arbeitet und damit seinen Teil für die Gesellschaft beiträgt, verdient es, dass die Gesellschaft ihn im Alter auch angemessen unterstützt. Dieses Versprechen halten wir. Das Rentenniveau wird gesichert, Rentenkürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters schließen wir aus Respekt vor der Lebensleistung aus. Diese Stabilität garantieren wir auch künftigen Generationen. Deshalb machen wir die gesetzliche Rente zukunftssicher und steigen in die sogenannte Aktienrente ein. Diese teilweise Kapitaldeckung soll als dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlichen Stelle professionell und seriös verwaltet werden.

V. Familie und Kinder

Kein Kind darf in Deutschland in Armut aufwachsen. Damit das keine Phrase bleibt, setzen wir strukturelle Veränderungen um. Wir führen die Kindergrundsicherung ein, in der wir alle bisherigen finanziellen Unterstützungsleistungen bündeln. Diese Leistung wird automatisch berechnet und kommt direkt bei den Kindern an. Wir starten

ein Jahrzehnt der Bildungschancen. Wir lassen es nicht mehr zu, dass unsere Kinder in marode Schulen und Kitas gehen müssen. Deswegen werden wir gemeinsam mit den Ländern die Bildungsausgaben deutlich steigern und dafür sorgen, dass die Unterstützung dauerhaft dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Kinder haben Rechte. Deshalb werden wir die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern.

Mehr Fortschritt wagen
Kernpunkte unserer neuen Koalition

-  **Pflegekräfte entlasten**
-  **Bessere Löhne und Arbeit in stationärer Altenpflege**
-  **Eigenanteil an Pflegekosten begrenzen**

SPD
Fraktion im
Bundestag

VI. Gesundheit/ Pflege

Pflegekräfte haben einen harten, fordernden und extrem wichtigen Job. Dafür verdienen sie den Respekt der gesamten Gesellschaft. Wir werden diesen Respekt unterstreichen durch bessere finanzielle Anerkennung und durch bessere Arbeitsbedingungen. Dazu gehören eine bessere Personalausstattung, eine Abschaffung von geteilten Diensten und bessere Personalschlüssel. Altenpflegerinnen und Altenpfleger ermöglichen Menschen ein Altern in Würde. Es wird Zeit, dass sie für diese wichtige Arbeit angemessen bezahlt werden. Deshalb verbessern wir die Löhne in der Altenpflege. Die Bewältigung der Coronapandemie wird eine der ersten wichtigen Aufgaben der Koalition. Damit das bestmöglich gelingt, werden wir einen Krisenstab zu Corona einrichten.

VII. Digitalisierung/ Staatsmodernisierung

Deutschland braucht den digitalen Aufbruch. Es wird Zeit, dass das Potential der Digitalisierung genutzt wird – für Wohlstand, Freiheit, soziale Teilhabe und Nachhaltigkeit. Für langes Schlangestehen im Bürgeramt wegen einfachster Vorgänge hat zurecht niemand mehr Verständnis. Die Menschen erwarten vom Staat einfach handhabbare und zeitgemäße digitale Leistungen – flächendeckend und nutzerorientiert. Durch Entbürokratisierung und Standardisierung werden wir den Weg in die digitale Verwaltung packen. Unsere Schulen müssen endlich den Sprung in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts schaffen. Stabiles WLAN, ein digitales Endgerät oder digitale Lernmaterialien müssen Standard sein. Den Digitalpakt Schule werden wir beschleunigen und entbürokratisieren. Noch im ersten Halbjahr 2022 werden Bund, Länder und Kommunen gemeinsam kurzfristige Lösungen vereinbaren. Außerdem bringen wir den Digitalpakt 2.0 auf den Weg. Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Wer ein Ziel benennt, muss auch den Weg dahin kennen. Deshalb werden wir Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Wir werden Behörden mit notwendiger Technik ausstatten, IT-Schnittstellen zwischen Bund und Ländern standardisieren und das digitale Portal für Umweltdaten zu einem öffentlich nutzbaren, zentralen Archiv für Kartierungs- und Artendaten ausbauen. So machen wir den Weg frei für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und der Netze.



Den vollständigen Koalitionsvertrag können Sie [HIER](#) nachlesen.

GASTBEITRAG VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische
Sprecherin der BayernSPD-
Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Für ganz wichtig halte ich es, dass junge Menschen auf allen Ebenen die Politik mitgestalten. Politikverdrossenheit kann ich bei der jungen Generation keineswegs feststellen. Im Gegenteil: Sie ist äußerst politisch. Denken wir nur an die Fridays-for-Future-Bewegung. Dies stelle ich auch immer wieder fest, wenn ich mit Schülerinnen und Schülern in den Klassen diskutiere. Und gerade deshalb wäre es wünschenswert, dass sich deutlich mehr junge Leute auch in den Parteien engagieren und in der Politik mitmischen. Doch der erste Schritt, Jugendliche zu politischer Teilhabe zu bewegen, ist, ihnen Vertrauen zu schenken.

Deshalb sehe ich es als notwendig an, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Die Ergebnisse der Studie „Wählen mit 16?“ der Freien Universität Berlin und eine Anhörung zum Thema „Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern“ im Jugend- und Familienausschuss des Landtags bestätigen meinen Eindruck: Das Interesse an Politik von 16- und 17-Jährigen liegt auf einem sehr ähnlichen Niveau wie bei älteren jungen Menschen und sie besitzen die nötige Reife und das nötige Wissen zum Wählen.

Aus diesem Grund hatte die SPD in der jüngsten Plenarsitzung des Landtages einen Antrag zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre von der Gemeinde- bis zur Bundesebene gestellt. Gleichzeitig reichte meine Fraktion



einen Antrag zur Stärkung des Angebots der politischen Bildung für junge Menschen und einen Antrag zur Schaffung politischer Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene ein.

Die Annahme der Anträge scheiterte jedoch am Veto der Regierungsparteien, vor allem an der vehementen Ablehnungshaltung der CSU. Ich finde es schade, dass die CSU sich offensichtlich davor scheut, Jugendliche an der Politik mit teilhaben zu lassen. Während bereits in elf Bundesländern Jugendliche ab 16 Jahren auf kommunaler Ebene und in vier auch auf Landesebene wählen dürfen, bleiben wir in Bayern diesbezüglich weiterhin rückständig.

Zum Glück regiert in Berlin dagegen zukünftig eine Koalition des Fortschritts. So schreibt der Koalitionsvertrag der neuen SPD-geführten Regierung fest, das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre herabsenken. Außerdem will das Dreierbündnis das Grundgesetz ändern, um dasselbe für die Bundestagswahl zu erzielen.

Es ist an der Zeit, Jugendliche ab 16 Jahren mitentscheiden zu lassen, wer sie in der Politik vertreten soll. Wir werden daher weiterhin gemeinsam die Landtags-CSU unter Druck setzen, damit sie diesen Fortschrittsgedanken letztendlich annimmt.

Herzlichst

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de